

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag, Ullstein: Chefredaktion: Georg Bräuer, Fernruf: 1000. Redaktions (im Ansa. Handeltisch): Carl Meisch, Berlin, Ueberl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dlnhof (A 7) 3600-3605 für den Fernverkehr Amt Dlnhof 3605-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Das Ergebnis von Genf

Die Zwischenschlichtung

Die dritte gemeinsame Besprechung über die Frage der Rheinlandräumung wurde Sonntag noch mehr als dreistündig Dauer beendet. Deutschland war wieder durch den Reichsfinanzler und Staatssekretär von Schubert vertreten. Für England waren Lord Caccia und Lord Peel, für Frankreich Brémond, für Belgien Symons, für Italien Sciucioja und für Japan Adachi. Das gemeinsame vereintete Kommando über diese Besprechung hat in der ermutigenden Überzeugung folgenden Wortlaut: „Am Schluß der 3. Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Bedingungen festgelegt, unter denen die wichtigsten Fragen erörtert werden sind, welche der Gegenstand ihres Abkommensgegenstandes waren.“

Eine Sitzung hat in folgenden Punkten wichtige Fragen aufzuheben können:

- 1. Ueber die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die vom Reichsfinanzler vorgeschlagene Forderung nach vorzeitiger Rheinlandräumung.
2. Ueber die Statutenhaftigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzfachverständigen der sechs Regierungen einzusetzen.

3. Ueber den Grundriss der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichungskommission. Die Zusammenlegung, das Funktionieren, der Gegenstand und die Dauer dieser Kommission hat einer Verhandlung zwischen den Regierungen vorbehalten.

Nach der Besprechung waren die Teilnehmer einmütig der Meinung, daß die Besprechung die besten Ergebnisse erzielt hat und daß die Besprechung während der jetzigen Tagung nicht mehr erwartet.

Der Kanzler bei Stresemann

Der Reichsfinanzler hat nach am Sonntag in den Abendstunden mit dem Reichskanzler Dr. Brüder-Greif verhandelt und ist anschließend nach Baden-Baden gefahren, wo er heute vormittag eingetroffen ist und mit Dr. Stresemann eine mehrstündige Unterredung über die Genfer Ergebnisse gehabt hat. Dienstag vormittag trifft der Reichsfinanzler in Berlin ein. Eine Sitzung des Reichsministeriums ist zunächst noch nicht anberaumt, wird aber nach Stellenfindung, die der Ministerielle Ausschuss des Reichstages statuenmäßig, der vermutlich noch Ende dieses Monats hier zusammenkommen wird, am den Bericht des Reichsfinanzlers entgegenzunehmen.

Von Georg Bernhardt

Genf, 17. September

Wie soll man das Ergebnis der Genfer Verhandlungen Deutschlands mit den Vertretern der anderen vier Besprechungsbeiräte? Es scheint überaus fragwürdig, wenn man die näheren Umstände in Betracht zieht, unter denen es zustande kam. Wertmäßig ist die deutsche Delegation darauf beruht, festzustellen, daß von ihrer Seite die Besprechung der ganzen Verhandlung nicht formalisiert worden gemacht worden ist, eine eigenständige Art, Verhandlungen zu führen. Auf diese Weise ist es überhaupt nicht möglich, festzustellen, was denn eigentlich von den Gegnern zu erwarten, was von ihnen abgelehnt werden würde. Eine im Punkte der Räumung feststehende, nämlich darin, daß in der Frage, auf die von deutscher Seite das Hauptgewicht, ja, man kann sogar sagen, allein Bedeutung gelegt worden ist, in der Räumungsaussage alle Mächte einmütig der Ansicht sind, daß die Räumung der Rheinlande ein zweifelsfrei feststehendes, ob es eine richtige Vorbereitung und eine richtige Einleitung der Verhandlungen gewesen ist, diese Vertragsfrage überhaupt zu stellen, ohne zu wissen, welche Stellung die anderen Mächte überhaupt einnehmen würden. Sollte man sie aber, so muß man sich dann mit der Konsequenz auseinandersetzen. Die falsche Konsequenz wäre gewesen, nach der Ablehnung des deutschen Räumungsabkommens unter Protest den Räumung zu verweigern. Eine mögliche Konsequenz war, den Verhandlungen anzuhängen, ein Schiedsgericht über die Räumungsfrage einzusetzen zu lassen. Die richtige Folgerung hätte unter der oben genannten Verhältnisse darin bestanden, genau die Möglichkeiten zu erforschen, die auf dem Verhandlungs- und Konzeptionswege für eine recht baldige Räumung der Rheinlande zu gewinnen gewesen wären.

Im Prinzip ist man ja, den alten Weg gegangen. Man hat, wie das amtliche Communiqué ausweist, beschlossen, über die Räumung zu diskutieren, eine Expertenkommission für die endgültige Regelung der Rheinlande zu ernennen, die sich mit der Räumung auseinandersetzen sollte. Man hat sich sogar prinzipiell über den gemeinsamen Willen einig, für die Angelegenheiten des besetzten Gebietes eine besondere „Beratungskommission“ zu schaffen, die nach der Räumung in Kraft treten soll. Aber wenn man die Räumung nicht schon im Voraus feststellen will, die Ausgestaltung der einzelnen Punkte mit formulierten Vorschlägen beteiligen. Willkürlich wäre auch dann ein mehrseitiges Ergebnis nicht erzielt worden, man hätte keine sehr wichtige Verhandlungen für die Verhandlungen getroffen, man hätte vorgehellig, man hätte in manchen Fällen gewußt, während man jetzt ganz im Dunkeln tappt und meistens nicht in der Lage ist, diejenigen Fragen zu stellen, die behaupten, daß Deutschland von ihr mit einem recht ansehnlichen Erfolg, nachdrücklich sogar mit der Aussicht auf sofortige Räumung der zweiten Zone hätte fortgehen können.

Aber es muß hier einmal gesagt werden, daß für alle, die die Einzelheiten der Verhandlungen in Genf und im Berliner Kabinett kennen, sich der Eindruck verflärt, daß es eigentlich Stellen in Deutschland gibt, die es mit der Räumung der Rheinlande nicht einig sein wollen. Das geht aus den internationalen geblieben, die je länger die Räumung dauert, um bessere agitatorische Demonstrationen zu machen, was den Verlangen von Locarno und über die Unfähigkeit der Völkern, die deutschen „Belange“ zu wahren, bezeugen. Es begründet, Behauptung ist nur, daß es eine Reihe von Umständen, die Vorwände für die Gegenpartei gegen sich selbst liefert. Die wichtigste aber ist, daß es Zentrumstreifen diese Politik unterteilt wird. Man hörte in Genf — und die deutsche Verhandlungsmacht hat sich in der Räumung geltend gemacht worden — daß es nicht dem Willen der deutschen Bevölkerung entspreche, wenn das Deutsche Reich mit Opfern die frühere Freieile der Rheinlande erkaufe. Das muß man denn doch fragen: ist eigentlich die Zurückgewinnung der vollen Souveränität über das deutsche Reichsgebiet eine deutsche nationale Frage oder ist sie eine Verwaltungsangelegenheit innerhalb der Kompetenzen der Rheinlande? Die Rheinlande sind ein integraler Bestandteil des Reiches, alles zu tun, um die Rheinlande frei zu machen, auch die Fragen der rheinischen Bevölkerung über Verwaltungsfragen und über wirtschaftliche Hilfe durch die Räumung eine Rolle spielen. Aber weit über solche erwiderten hinaus geht das, was die deutsche Bevölkerung in der Räumung eines Zustandes, der 10 Jahre nach dem Friedensverträge noch französische, englische und belgische Truppen auf deutschem Hoheitsgebiete stehen läßt. Man wäre erwidern berechtigt, daß jetzt plötzlich ein Zustand, über den man sich ganz mit Recht beunruhigt empfindet, als erwidrig bezeichnet wird, wenn man nicht möchte, daß dabei die überwiegend einzelner Kreise an die Fonds eine Rolle spielt, die zur Milderung der Notlage der rheinischen Bevölkerung in den Mittel- und Ostgebieten zur Verfügung gestellt werden.

Mobilisierung von 2 Milliarden?

Englische Theorien

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“

von London, 17. September

In englischen politischen und finanziellen Kreisen regnet man, obwohl man sonst, über die Genfer Verhandlung völlig uninformiert zu sein, mit großer Bestimmtheit darauf, daß eine deutsch-französische Räumungsvereinbarung auf der Grundlage der Mobilisierung der Danes-Bonds (Höfenbonds) und Anleihefonds) aufzuheben werden würde. Als Kollateralbeitrag, der mobilisiert werden soll, nennt man als erste Summe 100 Millionen Pfund, die bei 5 p. Verzinsung zu einem Kurs von nicht über 75 p. emittiert werden könnten.

Um ein deutsch-französisches Abkommen über die Befreiung der Rheinlande zu erleichtern will man von englischer Seite sogar „große Opfer“ bringen. Diese Opfer bestehen nach englischer Auffassung in folgenden: 1. England bestreht nicht länger auf seinem Einwand, monach die Danes-Bonds erst mobilisiert werden dürfen, wenn der deutsche Staatsrecht eine Kommission zu ernennen, die paritätisch, 2. England bestreht seinen Anteil — nach ein Viertel — an der Bondemission nicht zum Nennwert, sondern zum Marktpreis der Bondemission, also von 74 statt von 100 Millionen Pfund.

In dieser englischen Operette sind zwei wesentliche Randbedingungen zu machen. Erstens heißt bereits jetzt aus dem Staatsanwalter des Schatzamtes ist, daß Churchill sich mit seinem Budget verordnet hat und einen Selbstwert von etwa 16 bis

18 Millionen Pfund nur durch eine bisher unerwartete größere einmalige Einnahme decken kann, wie etwa Englands Anteil an der Emission von 100 Millionen Pfund Danesbonds zu 75 pct., der rund 20 Millionen Pfund betragen würde.

Die rechtzeitige Beihilfe dieses Defizits wäre aber im Hinblick auf die englischen Wahlen im Mai 1929 besonders wichtig. Es ist aber zweifellos zu berücksichtigen, daß England Kompensationen zur Zustimmung zur beschleunigten Rheinlandräumung und zu der Finanztransaktionen, die die Räumung erleichtern sollen, überhaupt nicht auf fruchtlosem, sondern auf wirtschaftspolitischen Gebiet liegen.

England will in den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, die bei Ende des nächsten Jahres zum Abschluß gebracht werden müssen, das Zugeständnis erlangen, einen Importzoll auf Wolle zu erheben, der den englischen Wollproduzenten den Aufschlag auf die mitteleuropäischen Produktionsorganisationen durchzieht.

\*

In einer Pressebesprechung der englischen Korrespondenten in Genf wird noch Folgendes anzufragen, daß England auf wie was an dem in der Danes-Bonds zum Ausdruck gekommenen Prinzip festhalte, nämlich daß England von seinen europäischen Schuldnern jenseitig erhalten müße, wie es an die Vereinigten Staaten zu leisten habe. Caccia und Peel, die als Reichsfinanzler Müller scheinbar gewesen wäre, mit deren Händen nach Berlin zurückzuführen, aber er glaube, daß ein genügend großer Maß von Uebererinnern erzielt worden sei, um den deutschen Reichstag zu überzeugen.

Belgrad erkennt Achmed Zogu an

Griechisch-südslawischer Vertrag?

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“

in Belgrad, 17. September

„Politika“ berichtet, daß der englische Gesandte in Belgrad Knatchbull gestern einen längeren Aufenthalt mit dem Vertreter des jugoslawischen Elementes hatte. Diese Besprechung bezog sich, wie in politischen Kreisen verlautet, auf die Frage der Anerkennung der albanischen Monarchie durch Jugoslawien, die nach der Anerkennung seitens Englands und Frankreichs erfolgen soll.

Am Zusammenhang damit hatte gestern Abend das Außenministerium den jugoslawischen Gesandten in Tirana telegraphisch benachrichtigt, der albanischen Regierung mitzuteilen, daß Jugoslawien das monarchische Regime anerkenne.

Weiter meldet „Politika“, daß demnach der griechische Ministerpräsident Benizelos in Belgrad einen Besuch machen wird und zwar wahrscheinlich in Begleitung des griechischen Außenministers Arakotanos. Bei dieser Gelegenheit soll ein Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Griechenland und Jugoslawien unterzeichnet werden. Die zwischen beiden Staaten stehenden Fragen sollen erst nach Unterzeichnung dieses Paktes geregelt werden. Der griechische Ministerpräsident und der Außenminister werden wahrscheinlich Anfang Oktober nach dem Besuch von Rom, Genf und Paris nach Belgrad kommen.